

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1867

Montag, 9. Dezember 1985

Blatt 3102

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS Zilk überreicht Holaubek Bürgerurkunde
ausgesendet: Weihnachtsfeiern für Einsame
(grau) 8,56 Millionen Schilling für die Forschung

Kommunal: Wiener Gemeinderat - Budgetdebatte
(rosa)

Lokal: "Weihnachts-Wurli" in der Stadtinformation
(orange)

Nur
über FS: 6.12. Stromausfall im 22. Bezirk
7.12. Flüssiggasaustritt in Favoritner Tankstelle

.....
Bereits am 6. Dezember 1985 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Zilk überreicht Holaubek Bürgerurkunde

10 Wien, 6.12. (RK-KOMMUNAL) Bürgermeister Dr. Helmut ZILK überreichte am Freitag Nachmittag im Stadtsenatssitzungssaal des Wiener Rathauses im Rahmen einer Feier dem früheren Wiener Polizeipräsidenten Josef HOLAUBEK die Bürgerurkunde. Zilk hob in seiner Ansprache die Verdienste Holaubeks hervor, wie etwa die Wiedereinrichtung der Wiener Feuerwehr unmittelbar nach Kriegsende. Im weiteren unterstrich Zilk die menschliche Einstellung und Volksverbundenheit Holaubeks während dessen mehr als 25jähriger Tätigkeit als Polizeipräsident. "Er war für mich immer die personifizierte und praktizierte Demokratie", sagte der Bürgermeister. Holaubek habe seine Aktivitäten stets im "Wissen um den kleinen Mann" gesetzt, schloß Zilk. (Schluß) chr/bs

NNNN

.....
Bereits am 7. Dezember 1985 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Weihnachtsfeiern für Einsame

1 =Wien, 7.12. (RK-LOKAL) Wie bereits in den Vorjahren wird die Stadtverwaltung auch heuer wieder in einigen Bezirken am 24. Dezember Pensionistenklubs für einsame Menschen offen halten. Der Besuch dieser Klublokale steht allen Personen offen, auch jenen, die sonst keine Klubbesucher sind. Anmeldungen nehmen die Pensionistenklubs, die zuständigen Bezirkssozialreferate bzw. die jeweiligen Bezirksvorstehungen bis 19. Dezember 1985 entgegen.+++

Damit sollen alleinstehende Wienerinnen und Wienern, die sich gerade an diesem Tag besonders verlassen und einsam fühlen, die Möglichkeit haben, dieser Einsamkeit zu entfliehen. Folgende Lokale werden am Heiligen Abend geöffnet sein:

- o 2., Praterstern 1, Haus der Begegnung, 15 bis 18 Uhr
 - o 6., Königseggasse 10, Haus der Begegnung, 14 bis 17 Uhr
 - o 7., Hermannsgasse 24, 2. Stock, Festsaal der Bezirksvorstehung
14 bis 16 Uhr
 - o 8., Lerchenfelder Straße 4, Pensionistenklub, 16 bis 18 Uhr
 - o 10., Hasengasse 35-41/2/4, Pensionistenklub, 15 bis 18 Uhr
 - o 11., Enkplatz 2, Pensionistenklub, 15 bis 19 Uhr
 - o 12., Schönbrunner Straße 259, Pensionistenklub, 14 bis 19 Uhr
 - o 13., Faistauergasse 68, Pensionistenklub, 15 bis 18 Uhr
 - o 14., Penzinger Straße 150, Pensionistenklub, 15 bis 18 Uhr
 - o 15., Nobilegasse 33-35, Pensionistenklub, 16 bis 18.30 Uhr
 - o 16., Wurlitzergasse 59, Pensionistenklub, 14 bis 17 Uhr
 - o 18., Weimarerstraße 8-10, Pensionistenklub, 15 bis 18 Uhr
 - o 21., Jedleseer Straße 66-94, Pensionistenklub, 14 bis 19 Uhr
- (Schluß) zi/rr

.....
Bereits am 8. Dezember 1985 über Fernschreiber ausgesendet
.....

8,56 Millionen Schilling für Forschung

1 Wien, 8.12. (RK-KULTUR/LOKAL) Im Rahmen der Hochschuljubiläumsstiftung werden 1985 107 Forschungsprojekte mit einer Gesamtsumme von 8,56 Millionen Schilling gefördert. Gefördert werden wiederum alle Zweige der Wissenschaft wie Naturwissenschaften, Medizin, Technik, Veterinärmedizin, Rechts- und Staatswissenschaften und Geisteswissenschaften. Seit der Gründung der Hochschuljubiläumsstiftung im Jahr 1965 wurden bereits 1.344 Forschungsvorhaben mit einer Gesamtsumme von rund 102 Millionen Schilling unterstützt.
(Schluß) gab/rr

NNNN

"Weihnachts-Wurli" in der Stadtinformation

Utl.: Unter dem Motto: Nimm dir Zeit für ein Lied

2 Wien, 9.12. (RK-LOKAL) Ab sofort steht in der Stadtinformation in der Schmidthalle des Rathauses ein "Weihnachts-Wurli": Die Mitarbeiter der Stadtinformation laden alle Wiener ein, sich in der leider allzu hektischen Zeit vor Weihnachten ein paar Minuten Zeit zu nehmen für ein Lied - und für sich selbst. Bing Crosbys berühmtes Lied "White Christmas" fehlt dabei ebensowenig wie das Kinderlied von den Schlümpfen oder Jose Feliciano mit "Che sara". Der "Weihnachts-Wurli", eine extra für diesen Zweck kostenlos umgebaute Music-Box, nimmt kein Geld. Damit auch der stimmungsvolle Rahmen stimmt, haben die Mitarbeiter der Stadtinformation in ihrer Freizeit einen Weihnachtsbaum gleich neben dem "Wurli" geschmückt. Übrigens: Als kleine Weihnachtsfreude zum Mitnehmen gibt es in der Stadtinformation kostenlose "Mistel-Sträußchen"!

Der "Weihnachts-Wurli" wartet ab sofort bis zum 13. Dezember, vom 16. bis 20. Dezember sowie am 23., 27. und 30. Dezember jeweils von 7.30 bis 18 Uhr, am 24. und am 31. Dezember jeweils bis 15 Uhr aufs Knöpfchendrücken. (Schluß) and/rr

NNNN

Wiener Gemeinderat (1)

Utl.: Fragestunde

3 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Unter dem Vorsitz von GR. Prof. WIESINGER (SPÖ) trat der Wiener Gemeinderat am Montag um 9 Uhr zu der für 3 Tage anberaumten Budgetdebatte zusammen.

Die Sitzung wurde mit einer Fragestunde eingeleitet. Stadtrat Friederike SEIDL (SPÖ) gab auf die ERSTE ANFRAGE von FPÖ-Klubobmann Dr. HIRNSCHALL bekannt, daß der Wiener Christkindlmarkt über Antrag der Wiener Handelskammer heuer um eine Woche früher eröffnet wurde. Es sei bedauerlich, meinte sie, daß es innerhalb der Wiener Handelskammer einen "Schmiergeldskandal" gegeben habe. Laut einer Untersuchung des Kontrollamtes sei das Wiener Marktamt nicht im geringsten involviert.

Von Juli bis Anfang Dezember hat die Lebensmitteluntersuchungsanstalt insgesamt 1.167 Weinproben gezogen, sagte Stadtrat Friederike SEIDL auf die ZWEITE ANFRAGE von GR. HAAS (SPÖ). Mehr als 64 Prozent der Proben waren in Ordnung, bei 20 Prozent wurden Verfälschungen mit Diäthylenglykol festgestellt. Auch Private hätten die Möglichkeit gehabt, kostenlos Weinproben überprüft zu lassen. (Forts.) fk/gg

Wiener Gemeinderat (2)

Utl.: Fragestunde

4 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) GR. SEVCIK (SPÖ) erkundigte sich in der DRITTEN ANFRAGE, ob sich die Sicherheitseinrichtungen im Schlachthof St. Marx beim Brand im September bewährt haben. Konsumentenstadtrat Friederike SEIDL (SPÖ) erklärte, daß sich trotz des explosionsartigen Brandes im Zwischenboden die zwei anwesenden Mitarbeiter in kürzester Zeit durch die Notausstiege retten konnten. Die Laufstege und Notausstiege sind so angelegt, daß auch eine Bergung Verletzter unter Zuhilfenahme von Atemschutzgeräten möglich ist. Der entstandene Schaden von 10 Millionen Schilling ist zur Gänze gedeckt.

Auf die ZUSATZFRAGE, ob durch den Brand die Nahversorgung der Wiener Bevölkerung in Frage gestellt war, erklärte Seidl, daß von den Mitarbeitern der MA 60 das Fleisch sofort aus den Kühlräumen weggebracht wurde. Von den zehn betroffenen Kühlräumen konnten acht in kürzester Zeit wieder in Betrieb genommen werden.

Die VIERTE ANFRAGE stellte GR. Ing. WORM (ÖVP). Sie betraf das Ergebnis der vor wenigen Tagen stattgefundenen Ist-Zustandserhebung der bisherigen Planungsleistungen für die Sanierung von EBS und HKA. Vizebürgermeister MAYR (SPÖ) erklärte, daß bei einer zweitägigen Sitzung Ende November, an der alle beteiligten Dienststellen, Firmen und internationale Berater teilgenommen haben, festgestellt wurde, daß eine Erstreckung des Planungszeitraumes bis 30. Juni 1986 notwendig ist. Die Ausschreibungen werden erst nach Vorlage aller Planungsdetails durchgeführt, lediglich die Ausschreibung für die Rauchgasreinigungsanlage der EBS wird vorgezogen. (Forts.) lei/gg

Wiener Gemeinderat (3)

Utl.: Fragestunde

5 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Die VAMED, erklärte Vizebürgermeister MAYR (SPÖ) auf die FÜNFTE ANFRAGE von GR. NEUMANN (ÖVP) betreffend die Auswirkungen des VOEST-Debakels, sei eine selbständige Gesellschaft, die ohne Eigenmittel und daher auch mit keinerlei finanziellem Risiko agiere. Zur möglichen Berufung eines Geschäftsführers der VAMED in die Geschäftsführung der VOEST erklärte Mayr, er würde dies bedauern, doch werde die VAMED, die ausschließlich hochwertige Planungs- und Durchführungsleistung erbringe, diesen Abgang verkraften. Zur Kontrolle im Bereich der VAMED betonte Mayr, der Rechnungshof kontrolliere häufiger und regelmäßiger als üblich.

Auf die SECHSTE ANFRAGE von GR. HAHN (ÖVP), aus welchen Gründen für den Ausbau der rechten Hochwasserschutzkante 1986 nur ein Drittel der laut Investitionsplan vorgesehenen finanziellen Mittel in Anspruch genommen würden, erklärte Mayr, es habe sich durch den Ausbau der Staustufe Wien zwar stromaufwärts der DDSG keinerlei Änderung ergeben, man werde aber eine Entscheidung betreffend das Kraftwerk Wien für den Ausbau stromabwärts der DDSG abwarten. Die Verhandlungen mit den ÖBB betreffend die Grundablösungen seien weitgehend abgeschlossen. Die Sicherheit der Bevölkerung des 2. Bezirkes im Falle eines Hochwassers sei bereits gegeben, durch die Fertigstellung des Wehres II 1987 könne aber der höchstmögliche Pegelstand um einen weiteren halben Meter abgesenkt werden. (Forts.)
je/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (4)

Utl.: Fragestunde

6 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Auf die SIEBENTE ANFRAGE von GR. Christine SCHIRMER (SPö), wo derzeit Pflegekinder und Jugendliche untergebracht sind, sagte StR. Ingrid SMEJKAL (SPö), daß derzeit in Wien von 4.138 Pflegekindern 43 Prozent in Heimen und 57 Prozent bei Pflegefamilien untergebracht sind. Das bedeutet gegenüber 1970 eine wesentliche Verbesserung, da damals noch 66 Prozent der Kinder in Heimen untergebracht waren. In Zukunft ist noch eine weitere Verschiebung des Prozentsatzes zu den Pflegefamilien geplant, weiters sollen auch die Beratungs- und Hilfsmaßnahmen für die betroffenen Familien verstärkt und damit die Reintegration der Kinder in die eigene Familie ermöglicht werden.

Auf die ACHTE ANFRAGE von GR. PRAMEL (SPö), wieviele Projekte anlässlich des Internationalen Jahres der Jugend durch den Aktionsfonds "Miteinander" gefördert wurden, sagte StR. Ingrid SMEJKAL, daß sich 260 Gruppen in diesem Zusammenhang gemeldet haben. Eine große Anzahl der angemeldeten Projekte, deren Hauptschwerpunkte in der Integration von Behinderten und Gastarbeiterkindern, aber auch bei Spiel-, Mal- und Schulfesten lagen, kam zur Durchführung. Es soll auch 1986 ähnliche Aktionen geben.

Auf die NEUNTE ANFRAGE von GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPö), auf welche Betreiber sich das von ihm befürwortete Vergnügungszentrum im derzeitigen Messegelände stützen soll, sagte Vizebürgermeister MAYR (SPö), daß noch keine konkreten Gespräche stattgefunden haben. Es ist lediglich der Wunsch geäußert worden, ein attraktives Vergnügungszentrum zu errichten. (Forts.) gab/rr

NNNN

Wiener Gemeinderat (5)

Utl.: Budgetrede Mayr

7 Wien 9.12. (RK-KOMMUNAL) Vizebürgermeister Hans MAYR (SPÖ) legte das Budget 1986, den Finanz- und Investitionsplan sowie den Gebührenspiegel vor. Bei Einnahmen von 72,4 Milliarden und Ausgaben von 78,6 Milliarden beträgt der Abgang 6,2 Milliarden. Die Einnahmen steigen um 10,1 Prozent, die Ausgaben um 10,3 Prozent. Berücksichtigt ist ein Wirtschaftswachstum von 2,5 Prozent und eine Senkung der Inflationsrate auf 3 Prozent oder darunter. Schwerpunkte des Budgets sind die Sachbereiche Umwelt, U-Bahn-Bau, Spitalsinvestitionen und Stadterneuerung. Das Wiener Budget sei unter dem Gesichtspunkt des Wachstums der Stadtwirtschaft und der konjunkturellen Entwicklung erstellt und trage auch der Verlagerung der Beschäftigtenzahlen vom Produktions- zum Dienstleistungssektor sowie den auch hier bereits feststellbaren Rationalisierungen Rechnung, sagte Mayr. Der expansive Kurs ergibt sich aus der Notwendigkeit einer Verbesserung der Infrastruktur. Die wirtschaftspolitische Offensive sei notwendig, um den erreichten Leistungsstandard nicht nur erhalten, sondern auch ausbauen zu können.

1982 betrug der Wiener Schuldenstand 40,1 Milliarden, Ende 1985 werden es voraussichtlich 39,9 Milliarden sein. Bis Ende 1986 ist mit einem voraussichtlichen Schuldenstand (ohne Abgangsdeckung) von 39,8 Milliarden zu rechnen.

Mayr betonte die Notwendigkeit einer mutigen Gebührenpolitik: Niedrige Gebühren machen die Kosten nicht geringer, machen sie jedoch für den Konsumenten nicht erkennbar.

Die Ursachen für die Konsolidierung des Wiener Budgets liegen bei den Einnahmen vor allem in der Anhebung der Kostendeckung bei Ver- und Entsorgung sowie in der ausgeglichenen Bilanz der städtischen Wohnhäuserverwaltung. Bei den Ausgaben gelang es, die Entwicklung bei den Spitätern einigermaßen in den Griff zu bekommen und den Zuschuß für die Verkehrsbetriebe aus dem Wiener Budget relativ stabil zu halten (Forts.) and/bs

Wiener Gemeinderat (6)

Utl.: Budgetrede Mayr

8 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Die Verbesserung der finanziellen Situation ermöglicht 1986 auch einen expansiveren Budgetkurs mit einer Ausweitung der Investitionen um 15,8 Prozent. Mayr unterstrich dabei die erzielten Verhandlungsergebnisse für Bundesbeteiligungen beim U-Bahn-Bau, beim Finanzausgleichsgesetz, das der Stellung Wiens besser Rechnung trage, und auch beim Bundeskrankenanstaltengesetz, das die überregionale Versorgungsaufgabe Wiens besser berücksichtige.

Die Erweiterung des Investitionsspielraumes bedeute, sagte Mayr, daß bei den Ausgaben die Zweckmäßigkeit in jedem Einzelfall sehr sorgfältig geprüft werden müsse und daß auch alle Möglichkeiten von Einsparungen genützt werden müssen. Seit 1984 haben sich die Investitionen in Wien um fast ein Drittel erhöht. Eine Ausnahme bildet lediglich der kommunale Wohnbau, weil hier die Verlagerung von der Stadterweiterung zur Stadterneuerung voll sichtbar wird. Die Stadt Wien wird für die Sanierung und Instandhaltung der eigenen Wohnhäuser 1.975 Millionen ausgeben. Für die Verbesserung anderer Wohnhäuser werden Zuschüsse in Höhe von 665 Millionen bereitgestellt, mit denen Gesamtausgaben von drei Milliarden ausgelöst werden. Dies sei auch eine wichtige beschäftigungspolitische Maßnahme.

1986 müssen rund 34 Milliarden Schilling aus allgemeinen Deckungsmitteln verschiedenen Bereichen zugeschossen werden. Den höchsten Zuschußbedarf hat der Bereich Gesundheit, gefolgt vom öffentlichen Verkehr, dem Sozialen, dem Bereich Unterricht/Erziehung sowie Kultur/Freizeit. Mayr betonte dabei, daß die Zuschußpolitik ein Spiegelbild der sozialen Haltung der Stadt ist. Die Investitionssumme für den Neubau des Krankenhauses im SMZ-Ost stelle ein zügiges Bauen sicher. (Forts.) and/rr

NNNN

Wiener Gemeinderat (7)

Utl.: Generaldebatte - Finanzen und Wirtschaftspolitik

9 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Die Freiheitliche Partei lehnt den Budgetentwurf 1986 ab, betonte Klubobmann Dr. HIRNSCHALL. Der von Finanzstadtrat Mayr angekündigte Investitionsschub sei in Frage gestellt, da der Bund für den U-Bahn-Bau weniger Mittel budgetiere, als es der Wiener Voranschlag annehme. Entgegen den Ankündigungen von Stadtrat Mayr, so Hirnschall, werde auch der Schuldenstand, wenn alle Investitionen durchgeführt werden, eine neue Rekordmarke von 46 Milliarden Schilling erreichen.

Der Stadterneuerungsfonds habe keine zusätzlichen Impulse für die Stadterneuerung gebracht, daher beantrage die FPÖ die sofortige Auflösung des Fonds und die Rückführung der bisher gewährten Mittel.

Ebenso beantrage die FPÖ eine Teilprivatisierung der Wiener Messe AG, die auch heuer wieder Verluste bringen werde.

Da die Budgets der kommenden Jahre zunehmend durch jährlich steigende Bauraten für schon vor Jahren begonnene Großprojekte belastet werden, sei es leichtfertig, neue Risiken wie die Großprojekte im Donauraum - Zentralbahnhof, Weltausstellung 1992, "Disneyland" - einzugehen, schloß Hirnschall. (Forts.) fk/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (8)

Utl.: Generaldebatte - Finanzen und Wirtschaftspolitik

10 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Stadtrat Komm.-Rat NEUSSER (ÖVP) befaßte sich in seiner Wortmeldung mit einer Umfrage aus dem Jahr 1984, in der die Wünsche der Bürger nach Prioritäten geordnet wurden. An erster Stelle werde eine gesunde Umwelt erwartet. Neusser kritisierte in diesem Zusammenhang, daß die Sanierung der Hauptkläranlage und der EBS noch immer nicht erfolgt sei. Zur Sicherung der Arbeitsplätze in Wien erklärte Neusser, daß völlig neue Ideen notwendig seien, dieses Problem zu meistern. Er forderte verstärkte Existenzgründungsaktionen und Maßnahmen vor allem gegen die Arbeitslosigkeit der 19- bis 25jährigen.

Zum Thema Energiesicherung merkte der Redner an, daß der Bau des neuen Blockkraftwerkes Simmering seit Jahren verzögert werde und forderte auch verstärkte Forschungsaktivitäten im Bereich von Alternativenergien.

Zur Wirtschaftsförderung erklärte Neusser, daß eine Steuersenkung dringend notwendig sei. Weitere Prioritäten seien die Reprivatisierung kommunaler Betriebe, eine erhöhte Abschreibung von Baulichkeiten sowie eine stärkere Förderung der Forschung und des Exportes. Es sei sehr erfreulich, erklärte Neusser weiter, daß sich die ÖVP-Idee der Stadterneuerung durchgesetzt habe. Gleichzeitig kritisierte er, daß es keinen sozialen Wohnbau wie in der Zwischenkriegszeit mehr gebe.

Abschließend begrüßte der Redner das Suchen völlig neuer Wege und die damit zusammenhängende "Vision Donauraum". Ziel müsse es sein, für Wien ein gesundes Wirtschaftswachstum und die Arbeitsplätze auf Jahrzehnte zu sichern. (Forts.) lei/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (9)

Utl.: Generaldebatte - Finanzen und Wirtschaftspolitik

11 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Die wesentlichen Kennzahlen des Budgets beweisen, erklärte GR. Edlinger (SPÖ), daß die Investitionen kräftig steigen, der Schuldenstand der Stadt Wien aber stabil bleibe. Betrachte man die präliminierten Einnahmen von 72,4 Milliarden Schilling und die Ausgaben von 78,6 Milliarden Schilling, sowie die Ausgaben der Wiener Stadtwerke in der Höhe von 25,7 Milliarden - nicht einbezogen seien dabei Zahlen aus der Holding -, so könne man mit kräftigen Impulsen für die Wiener Wirtschaft rechnen. Der Nachholbedarf an Tarifen und Gebührenerhöhungen sei nun abgeschlossen. Künftige Erhöhungen können auf dem Niveau der Inflationsraten gehalten werden, betonte Edlinger.

Es sei Aufgabe der Stadtverwaltung, zeitgerecht Maßnahmen zu setzen, um die Politik in dieser Stadt auch weiterhin handelnd beeinflussen zu können. Man stehe Problemen wie der Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Beschäftigung gegenüber, die unübersehbaren sozialen Sprengstoff beinhalten. Die Bewältigung dieser Fragen sei durch Arbeitszeitverkürzung, Umverteilung und die Schaffung von Arbeitsplätzen im Sozialbereich denkbar.

Die Politik einer Stadt könne internationale Strömungen nicht egalisieren, aber gegensteuernde und punktuelle Vorbildmaßnahmen setzen. Es bedürfe konkreter Anstrengungen, wie einer Verbesserung der Erreichbarkeit Wiens durch einen Anschluß an internationale Eisenbahnhochleistungsstrecken, die Gestaltung des Donauraumes und einer Diskussion des Finanzausgleiches, um die Lage Wiens weiter zu verbessern. (Forts.) jel/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (10)

Utl.: Generaldebatte - Finanzen und Wirtschaftspolitik

12 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Edlinger wies auf die zahlreichen Maßnahmen im Bereich der Ver- und Entsorgung sowie der Grünpolitik hin und unterstrich die Erhöhung der Investitionen im Umweltschutzbereich.

Die Umweltpolitik sei, das gehe deutlich aus dem Budget 1986 hervor, ein Bestandteil der täglichen Politik der Stadt Wien geworden.

Im Bereich der Stadterneuerung sei für das "neue Gefühl des Lebens in der Stadt großes Interesse an experimentellen Gestaltungen und Konzepten" geweckt worden. Es gelte, diesen Aufbruch im Wohnbewußtsein der Wiener weiter zu unterstützen. Die Installierung des Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds habe sinkende Grundstückspreise bewirkt.

Abschließend nahm Edlinger zur Diskussion um die Lage der VOEST Stellung. Er halte es für keine Lösung, den Beitrag zu einer notwendigen wirtschaftspolitischen Diskussion in Form "einer abgedroschenen Entstaatlichungsdiskussion" zu leisten. Auch die ÖVP habe in den entsprechenden Aufsichtsorganen der VOEST verantwortliche Positionen inne, er fordere sie dazu auf, diese Verantwortung auch wahrzunehmen. (Forts.) jel/rr

Wiener Gemeinderat (11)

Utl.: Generaldebatte - Finanzen und Wirtschaftspolitik

13 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Dkfm. Dr. WÖBER (ÖVP)

bezeichnete das Budget 1986 als einen Voranschlag der "Täuschungen und Enttäuschungen". Es werde nur teilweise dem Anspruch auf Budgetkonsolidierung und der Notwendigkeit, einen Anstoß für den Arbeitsmarkt zu bilden, gerecht. Vielfach verschleierte die "Flucht aus dem Budget" die tatsächliche Finanzlage, in wichtigen Bereichen wie beim Umweltschutz, beim U-Bahn-Bau und beim Spitalsbau erreiche der Investitionsrahmen nicht das gewünschte Ausmaß. Und das, obwohl die Steuer- und Gebührenpolitik bereits die Grenzen des Möglichen erreicht habe. Vielfach sei die Belastung der Haushalte für den Bürger nicht mehr finanzierbar. In diesem Zusammenhang beantragte Wöber für 80.000 Wiener Haushalte einen Heizkostenzuschuß in der Höhe von je 1.000 Schilling für den Winter 1985/86 und einen Gebühren- und Tarifstopp für das Jahr 1986. Als positiv bezeichnete der Redner die zumindest formelle Budgetstabilisierung sowie die Ansätze für den Neubau des Krankenhauses Stadlau, für die Sanierung der Mülldeponie Rautenweg und für die Aufschließung der Pfannbauernquelle. In seiner Gesamtheit müsse die ÖVP jedoch das Budget 1986 ablehnen. (Forts.) gab/rr

Wiener Gemeinderat (12)

Utl.: Generaldebatte - Finanzen und Wirtschaftspolitik

14 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) GR. KNEIDINGER (SPÖ) verwies darauf, daß die Arbeitslosigkeit in Österreich gemessen am OECD-Durchschnitt äußerst günstig ist. Für Wien ergebe sich die Situation, daß qualifizierte Arbeitskräfte fehlen und daher geplante Betriebsansiedlungen nicht verwirklicht werden konnten. Auch bei Jugendarbeitslosigkeit sei die Situation von allen Bundesländern am besten, trotzdem sei es notwendig, zusätzliche Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen. Wichtig sei es auch, Industriearbeitsplätze zu schaffen bzw. zu erhalten. Dabei komme dem Wiener Wirtschaftsförderungsfonds mit seinen Betriebsansiedlungen und seinen 41 Förderungsaktionen eine maßgebliche Bedeutung zu. Der gegenwärtig niedrige Schuldenstand werde in den nächsten Jahren nicht beibehalten werden können, meinte Kneidinger unter Hinweis auf die notwendigen Investitionen. Er gab einen Überblick über mehrere Tarife, die weit unter der Kostendeckung liegen, und meinte, die Beistellungsgebühren der Feuerwehr, die Entfernungs- und Aufbewahrungskosten von Kraftfahrzeugen und die Abschußtaxen bei der Jagd könnten erhöht werden. (Forts.) and/bs

Wiener Gemeinderat (13)

Utl.: Generaldebatte - Finanzen und Wirtschaftspolitik

16 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Ing. WORM (ÖVP) betonte, es sei wert, sich mit dem Problemkreis EBS und Hauptkläranlage in der Generaldebatte der Budgetberatung zu befassen. Dieses Kombinat sei seit 1980 ein Sorgenkind. Worm beklagte sich über mangelnde Informationen sowohl in der Beteiligungskommission als auch seitens der Holding und kritisierte die Einschaltung der UTW in das Planungsgeschehen. Das sei die Umgehung eines Gemeinderatsbeschlusses. Auch nach den Bestimmungen des Wasserwirtschaftsfonds dürfe die planende Firma nicht mit der bauausführenden ident sein. Die bisherige Planung sei trotz der Verzögerung mangelhaft. In diesem Zusammenhang zitierte Worm die Analyse des Consulting-Unternehmens Elektrowatt-Zürich. Das Gutachten sei eine Blamage, betonte Worm.

Der Redner verwies auch auf die politischen Dimensionen und warf den Stadträten Mayr, Braun und Hatzl grobes Versagen vor. Den Bürgermeister forderte Worm auf, so wie es dieser im Februar angekündigt habe, für den Zeitplan auch die volle politische Verantwortung zu übernehmen. (Forts.) fk/rr

Wiener Gemeinderat (14)

Utl.: Generaldebatte - Finanzen und Wirtschaftspolitik

17 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Das Budget 1986 wurde so erstellt, daß es eigentlich keine inhaltliche Kritik geben dürfte, erklärte GR. FREITAG (SPÖ). Obwohl es für ein Landesbudget gewisse Rahmenbedingungen gebe, wurden in diesem Budget wesentliche Schwerpunkte mit mittel- und langfristigen positiven Wirkungen gesetzt. Bei der Beurteilung des Budgets gehe es nicht nur um die Verteilung von Milliardenbeträgen, sondern auch um eine Reihe von Signalen, die gesetzt werden. So wurde beispielsweise für das kommende Jahr die Förderung von Wissenschaft und Forschung um 13,4 Prozent erhöht, wesentlich erhöht wurden auch die Darlehen zur Investitionsförderung und die Investitionskostenzuschüsse nach dem Fernwärmeförderungsgesetz.

Zur Entwicklung der Industrie sagte Freitag, daß es notwendig sei, die latente Industrie-feindlichkeit mancher Bevölkerungsgruppen abzubauen. Die Wichtigkeit des produzierenden Sektors für die Gemeinschaft müsse durch neue Entwicklungen unterstrichen werden. Auch diesen Forderungen werde das Budget 1986 gerecht. (Forts.)

lei/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (15)

Utl.: Generaldebatte - Finanzen und Wirtschaftspolitik

18 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) 1982 seien von den U-Bahn-Geldern 296 Millionen, 1984 238 Millionen vorerst gesperrt gewesen, replizierte Vizebürgermeister MAYR (SPö) auf den Debattenbeitrag von GR. Dr. HIRNSCHALL (FPö). Er wundere sich, warum ein durch Jahre hindurch praktiziertes Verfahren in der Debatte jetzt plötzlich andere Dimensionen gewinne. Es sei immer sicher gewesen, daß die Gesamtbeträge, die benötigt werden, auch tatsächlich zur Verfügung stehen.

Beim Thema Zentralbahnhof, erklärte Mayr, habe es sich um eine grundsätzliche Forderung nach einem solchen, nicht um eine Fixierung des Standortes gehandelt. Entschieden werde die Standortfrage aufgrund der Führung der Fernbahn.

Er habe nie gesagt, die alten Messehallen auf dem Messegelände schleifen zu wollen, sondern erklärt, sie zu einem anderen Zweck weiter zu verwenden.

Beim Angebot des Konsortiums zur Sanierung der EBS hätten Bürgermeister Dr. Zilk und er bewußt auf die Vorschaltung einer Planungsphase bestanden.

Es könne nicht Aufgabe der Politiker sein, jene technischen, chemischen und wissenschaftlichen Details zu beurteilen, die von den Wissenschaftlern verlangt werden müßten. Es sei vielmehr Aufgabe der Politik, diese Wissenschaftler mit der Erarbeitung von Konzepten und Planungen zu beauftragen.

Die Wirtschaftspolitik der Stadt Wien werde das hohe Lohnniveau, von dem Stadtrat Neusser gesprochen habe, in Kauf nehmen und es in hohe Kaufkraft zum Wohle aller Wiener ummünzen. (Forts.) je/gg

Wiener Gemeinderat (16)

Utl.: Generaldebatte - Finanzen und Wirtschaftspolitik

19 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) GR. NEUMANN (ÖVP) forderte die Durchforstung und Entflechtung der Wiener Holding. Die Holding soll sich, wie es in der Holdingdoktrin stehe, nur öffentlichen Aufgaben widmen. Kinobetriebe, Gastronomiebetriebe oder Verlage seien nicht diesem Bereich zuzuordnen und daher zu privatisieren. In diesem Sinne sei ein Privatisierungsfahrplan für die Holding zu erstellen.

Vizebürgermeister MAYR (SPö) entgegnete, die ÖVP betreibe hier eine Doppelstrategie. Man könne nicht in einen Wirtschaftskörper politisch und wirtschaftlich eingebunden sein und zugleich Privatisierungswünsche in der Hoffnung äußern, der andere Partner werde dies ohnehin nicht zulassen. (Forts.) gab/bs

Wiener Gemeinderat (17)

Utl.: Debatte Umwelt und Bürgerdienst

20 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPö) kritisierte, daß auf der Deponie Rautenweg nach wie vor "Hochgiftkonzentrate" von Flötzersteig und EBS gelagert werden. Die Schweizer Consulting-Firma habe das SGP-Waagner-Biro-Projekt für die EBS als mangelhaft bezeichnet.

Durch das Kraftwerk Wien ergeben sich Chancen für die Stadt, die jedoch auf ihre Umweltverträglichkeit, auf ihre Auswirkungen auf das Stadtbild und auf energiepolitische Aspekte geprüft werden müssen. So müsse sichergestellt sein, daß die notwendige Wassergüte der Donau im Wiener Staubereich jedenfalls erhalten bleibe. Auch eine Sanierung des Donaukanals mit Erreichen der Wassergüte I und II sei anzustreben, um diesen Bereich langfristig zu einem Freizeitzentrum zu machen. (Forts.) and/gg

Wiener Gemeinderat (18)

Utl.: Debatte Umwelt und Bürgerdienst

21 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Die FPö bekenne sich zum Schutz des Wienerwaldes, betonte PAWKOWICZ, meine aber, daß es keiner neuen Verfassungsbestimmungen, sondern nur der Umsetzung der bestehenden rechtlichen Möglichkeiten bedürfe, um ihn zu erreichen. Sie fordert den Bürgermeister auf, entsprechende zielführende Maßnahmen zu setzen und die Erklärung des Wienerwaldes zum Bannwald zu veranlassen.

Das Wiener Kanalnetz bereite der FPö Sorge: Es werde im 21. und 22. Bezirk nur sehr langsam ausgebaut, und von den 30.000 Wiener Senkgruben seien sicher 20.000 nicht dicht. Das vorhandene Kanalnetz leide an akuter Altersschwäche und sei vielfach undicht.

In einem ANTRAG fordert die FPö die Erstellung eines Maßnahmenkataloges für die Wiener Kanalanlagen, in dem bis zum Sommer 1986 alle noch nicht an das öffentliche Kanalnetz angeschlossenen Haushalte aufgenommen sein sollen. Für deren Anschluß soll der Maßnahmenkatalog auch einen Zeit- und Kostenplan enthalten. (Forts.) and/rr

Wiener Gemeinderat (19)

Utl.: Debatte Umwelt und Bürgerdienst

22 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) In dem einen Jahr seiner Tätigkeit habe Umweltstadtrat Helmut Braun die Politik seiner Vorgänger disqualifiziert, meinte GR. ARTHOLD (ÖVP). Zu Einzelfragen stellte Arthold fest, im Bereich der EBS seien die technischen Probleme nicht gelöst und damit seien auch die Finanzfragen offen. Seit der Errichtung der Deponie Rautenweg habe man sich nicht um die Sickerwässer gekümmert, die Fragen des Methangases wurden ignoriert. Die nun angekündigte Umspundung könne gar nicht so rasch beginnen, da keine Vorarbeiten existieren. Das Müllkonzept sei kein Konzept; sogar laut Angaben von Stadtrat Braun könne das Modell Planquadrat aus organisatorischen und finanziellen Gründen nicht auf ganz Wien umgelegt werden. Die Effizienz der Problemsammelstellen sei sehr gering. Auch funktioniere etwa die Papiersammlung überhaupt nicht. Es sei bedauerlich, meinte Arthold, daß in der Umweltpolitik lediglich Feuerwehr gespielt werde, sobald etwas passiert ist. Umwelt müsse aber vorausschauend gestaltet werden (Forts.) fk/bs

Wiener Gemeinderat (20)

Utl.: Debatte Umwelt und Bürgerdienst

23 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Je Einwohner fallen in Wien jährlich rund 270 kg Hausmüll an, führte GR. Elisabeth DITTRICH (SPÖ) aus. Verglichen mit anderen Großstädten funktioniere die Müllentsorgung in Wien gut, trotzdem werde an weiteren Verbesserungen gearbeitet. Rund 50 Prozent des Hausmülls entfallen auf Verpackung, erklärte Dittrich weiter. Neben dem Appell an die Konsumenten, unnötig aufwendig verpackte Waren nicht zu kaufen, solle vor allem die Wirtschaft selbst dazu beitragen, die Verpackung zu reduzieren. Dittrich forderte die ÖVP auf, ihren Einfluß in dieser Richtung geltend zu machen.

Zum Planquadrat im 19. und 20. Bezirk sagte Dittrich, daß die Konsumenten sehr wohl Bereitschaft zeigen, sich an einer getrennten Sammlung zu beteiligen. Vor allem soll durch das Planquadrat aber auch erreicht werden, daß die Bevölkerung motiviert wird, sich aktiv an der Lösung der Umweltprobleme zu beteiligen.

Die Schaffung von Grün- und Erholungsflächen soll im kommenden Jahr vor allem auch in den inneren Bezirken weitergeführt werden. Unter anderem wird die Aktion Innenhofbegrünung fortgesetzt, die sehr stark frequentierten Beseerparks werden intensiver betreut und beanstandete Kinderspielplätze Ö-Norm-gerecht umgestaltet werden.

(Forts.) lei/rr

Wiener Gemeinderat (21)

Utl.: Debatte Umwelt und Bürgerdienst

24 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Die öVP lehne das Budget der Geschäftsgruppe Umwelt und Bürgerdienst als umweltunfreundlich und aufgrund falsch gesetzter Prioritäten ab, erklärte GR. Dr. NEUBERT (öVP). Die Grundwasserverunreinigungen schreiten fort, die Wasserversorgung sei immer noch nicht gesichert. Für die Sanierung der 2. Wiener Hochquellenwasserleitung, die ständig von Ausfall und gravierenden Gebrechen bedroht sei, stünden im Jahr 1986 1,5 Millionen statt der notwendigen 700 Millionen Schilling zur Verfügung. Ebenso schlecht bestellt, führte Neubert aus, sei es um die Budgetposten für die Kanalinstandhaltung, die viel zu niedrig angesetzt seien. Rund 500 Kilometer des Wiener Kanalnetzes seien sofort sanierungsbedürftig. Nur 34 Millionen Schilling seien für Reparaturarbeiten vorgesehen. Die öVP vermisse im Budget 1986 weitere Mittel, um die Altdeponien, von denen es mehr als 170 gebe, zu sanieren. (Forts.) jel/bs

Wiener Gemeinderat (22)

Utl.: Debatte Umwelt und Bürgerdienst

25 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Maria PAUL (SPÖ) verwies auf die Leistungen der Stadt Wien in den Bereichen Wasserversorgung, Entsorgung und Umweltschutz. So wird Wien schon jetzt zu 84 Prozent mit Hochquellwasser versorgt, nach der Einleitung der Pfannbauernquelle in die 1. Wiener Wasserleitung werden die Grundwasserwerke nur mehr zur Reserve dienen. Der ständigen Wartung und Erneuerung kommt im Bereich des Wasserrohrnetzes ebenso große Bedeutung zu wie im Kanalnetz, wo etwa der Bau von Entlastungskanälen zum Rechten und Linken Hauptsammelkanal wichtige Vorhaben sind. Im Bereich des Umweltschutzes können durch Luftmessungen und andere Untersuchungen die Voraussetzungen für effektive Maßnahmen geschaffen werden. Bereits jetzt ist die Wiener Luft besser als vor einem Jahr. Im Jahr 1992 wird der Schwefeldioxidausstoß nur mehr 10 Prozent des Wertes von 1980 betragen. Dieser Wert wird vor allem durch die Maßnahmen an den Wiener Kraftwerken erreicht werden. (Forts.) gab/rr

Wiener Gemeinderat (23)

Utl.: Debatte Umwelt und Bürgerdienst

26 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Die Umweltpolitik in Wien ist im wesentlichen ein Krisenmanagement, erklärte GR. Univ.-Prof. Dr. WELAN (öVP). Es treten immer neue Umweltprobleme auf, ohne daß die alten gelöst werden - die Umweltvorsorgepolitik komme zu kurz, Skandale würden als Norm empfunden, die Betroffenen seien vielfach apathisch geworden. Bei Fehlern oder Fehlschlägen werden Konsequenzen unterlassen, weil man Tatsachen nicht sehen wolle, sehen könne oder sehen dürfe, warf Welan der SPÖ vor. Vorgelegten Konzepten fehlten wichtige Bestandteile zur Umsetzung in die Realität. Hinsichtlich der Staustufe Wien verlangte die öVP eine Überprüfung der energiepolitischen Notwendigkeit, der ökologischen Vertretbarkeit, aber auch der Kosten einschließlich Neben- und Folgeaufwendungen. Die Realisierung dürfe nur im Rahmen eines gesamten Konzepts erfolgen. Schon bald müsse es eine umfassende Diskussion im Gemeinderat geben, um eine Entwicklung wie in Hainburg zu vermeiden. Die Ausarbeitung eines umweltpolitischen Gesamtkonzepts sei eine Lebensfrage, sagte Welan.

Hinsichtlich des Schutzes des Wienerwaldes meinte Univ.-Prof. Dr. Welan, eine der Möglichkeiten sei der Verfassungsschutz, der jedoch keine leere Phrase bleiben dürfe. Abschließend verwies Welan auf die Bedeutung der Landwirtschaft und die großen Verluste an landwirtschaftlichen Flächen in den letzten Jahren. In einem ANTRAG fordert die öVP, Tauschgründe anzubieten, wenn landwirtschaftlich genutzte Flächen im öffentlichen Interesse dringend benötigt werden. (Forts.) and/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (24)

Utl.: Debatte Umwelt und Bürgerdienst

27 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Er habe keinen Grund, mit dem Budgetkapitel Umwelt unzufrieden zu sein, betonte Stadtrat BRAUN (SPÖ). Er verwahre sich aber dagegen, daß durch das "Herauspicken" von Details die Gesamtsicht vernebelt werde.

Zu Fragen, die während der Debatte angesprochen wurden, stellte Braun im einzelnen u. a. fest: Die Ergebnisse des Planquadratversuches im 19. und 20. Bezirk sind gut, das Planquadrat werde systematisch ausgeweitet. Es sei gelungen, im abgelaufenen Jahr die Altpapiersammlung zu verbessern. Die Klagen der Bevölkerung wegen Unzulänglichkeiten sind deutlich zurückgegangen. Es stimme, daß der Rauchfang des Flötzersteiges angegriffen sei. Bei einer Rauchfangdicke zwischen 250 und 300 mm betreffe dies aber lediglich eine kleine Schicht von knapp einem Millimeter an einigen Stellen. Die Reparatur ist im Gange.

Zu den Vorwürfen bezüglich der Deponie Rautenweg betonte Braun, er habe sich immer an die Ratschläge der Fachleute gehalten. Das fertige Projekt sei eingereicht, die Detailverhandlungen mit dem Wasserwirtschaftsfonds laufen. Er müsse sich aber an die gesetzlichen Bestimmungen halten. Erst bei "Gefahr im Verzug" habe er sofort die Umspundungsarbeiten einleiten können. Die Explosion am Rautenweg sei bedauerlich, doch sei sie auch Zufall gewesen. Nur wenn ganz bestimmte Situationen zusammentreffen, wie eine bestimmte Zusammensetzung des Gas-Luft-Gemisches, Zündfunke etc., könne nach Angaben der Fachleute eine Explosion ausgelöst werden.

Die Versorgung der Wiener Bevölkerung mit Hochquellwasser ist im Jahresdurchschnitt gesichert. Dennoch werde das Grundwasser als Reserve gehalten. (Forts.) fk/gg

Wiener Gemeinderat (25)

Utl.: Debatte Umwelt und Bürgerdienst

28 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Sicherlich gebe es im Bereich Umwelt eine Reihe von offenen Fragen, meinte Braun. Er neige nicht dazu, Probleme, die vorhanden sind, zu bagatellisieren. Aber er werde den Beweis erbringen, daß man nicht in Skeptizismus verfallen müsse. Die Anregung von Prof. Dr. Welan (öVP), einen grünen Bericht zu erstellen und die Landwirtschaft mehr zu fördern, bezeichnete Braun als positiv und betonte, daß sich die Stadtverwaltung um die Landwirtschaft bemühe. (Forts.) fk/bs

Wiener Gemeinderat (26)

Utl.: Debatte Kultur und Sport

29 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Im Jahr 1985 wurde im kulturellen Bereich eine Reihe beachtlicher Erfolge erzielt, führte Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPö) aus. Als Beispiel dafür sei der außergewöhnliche Erfolg der Ausstellung "Traum und Wirklichkeit" zu nennen. Die geplante Weltausstellung sei auch vom kulturellen Aspekt her eine große Chance für Wien, sagte Pawkowicz weiter.

Zum Thema Altstadterhaltung führte Pawkowicz aus, daß die Frage der Revitalisierung des Messepalastes noch immer ungelöst sei. Obwohl es sich in erster Linie um eine Angelegenheit des Bundes handelt, sei ein größeres Engagement von Seiten der Stadt Wien geboten. Weiters kritisierte der Redner, daß das Palais Harrach noch immer nicht renoviert wurde.

Pawkowicz würdigte anschließend die Arbeit der Intendantin der Wiener Festwochen Dr. Ursula Pasterk. Trotz seiner anfänglichen Skepsis müsse er heute feststellen, daß das Ergebnis der vergangenen Festwochen und auch die Programmüberlegungen für 1986 diese Personalentscheidung voll rechtfertigten. Nicht begreiflich sei jedoch die Haltung des Bundes in bezug auf die Förderung der Wiener Festwochen. Die jährliche Förderungssumme betrage seit nunmehr zehn Jahren 4,8 Millionen Schilling, das bedeutet eine Kürzung von annähernd 60 Prozent. Dies stehe im krassen Gegensatz zu der Förderung der Bregenzer und Salzburger Festspiele. Es sei deshalb dringend geboten, in dieser Angelegenheit mit dem zuständigen Minister umgehend Kontakt aufzunehmen, schloß Pawkowicz. (Forts.) lei/gg

Wiener Gemeinderat (27)

Utl.: Debatte Kultur und Sport

30 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) GR. CZERNY (ÖVP) kritisierte die ungleichgewichtige Budgetierung einzelner Vorhaben. So werde für das "Jugendstil WC am Graben" ein Betrag von 7 Millionen Schilling zur Renovierung aufgewendet, während im Altstadterhaltungsbeirat um wesentlich kleinere Beträge debattiert wurde.

Czerny kritisierte weiters die Defizite im Bereich des Theaters an der Wien sowie der Ausstellung "Traum und Wirklichkeit" im Künstlerhaus.

Wien habe eine Jahrhundertchance zur Kulturinitiative, sofern es gelänge, Areale wie die Rennwegkaserne, das alte AKH und den Messepalast, sowie z.B. auch das Barockschloß Ebling, das dem Bund gehöre, zu gestalten.

Abgesehen von der erschwerenden Bürokratie bei Altstadterhaltungsprojekten, sei das Versprechen von Bürgermeister Zilk, für die steuerliche Absetzbarkeit von Aufwendungen für die Altstadterhaltung zu sorgen, noch nicht realisiert. Für die Renovierung des Neugebäudes in Simmering, kritisierte Czerny, sei im Finanz- und Investitionsplan kein Geld vorgesehen, weshalb er Renovierung und Finanzierung in Frage stellen müsse. (Forts.) jel/bs

Wiener Gemeinderat (28)

Utl.: Debatte Kultur und Sport

31 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Gertrude STIEHL (SPÖ) wies auf die zahlreichen Aktivitäten hin, mit denen die Stadt Wien rund ums Jahr zum Kulturleben beiträgt. So findet im kommenden Jahr eine Reihe von Veranstaltungen, darunter die Ausstellung "Städteporträts", rund um den 100. Geburtstag Oskar Kokoschkas statt. Die Wiener Festwochen bieten ein außerordentlich interessantes Programm, und unter dem Motto "Kultur für alle" tragen die Bezirksfestwochen kulturelles Leben in den äußersten Winkel der Stadt. Neben dem Volksbildungswerk sorgen die Arbeitsgemeinschaft der Bezirksmuseen, aber auch die Szene Wien, die Arena und das WUK für kreative und aktive Freizeitbeschäftigung in den Wiener Bezirken. Mit den insgesamt 57 freien Gruppen verfügt Wien über eine lebendige Szene auch jenseits der fixen Theater, wobei mit dem Renaissance-Theater diesen Gruppierungen in Kürze eine zeitgemäße Mehrzweckbühne zur Verfügung stehen soll. Ein besonders wichtiges Modell für die Kulturarbeit in einem Randbezirk stellt der Kulturverein Donaustadt dar, dessen Arbeit nach den vor kurzem überwundenen Schwierigkeiten fortgesetzt wird. Das dichte Angebot von Theatern und damit Theaterplätzen in Wien wird vom Kulturamt ebenso unterstützt wie die Musikpflege, sagte Stiehl. Insbesondere betonte die Rednerin, daß durch den Erfolg von "Cats" eine Rücknahme der Subventionen im Theater an der Wien für 1986 von über neun Millionen möglich war. (Forts.) gab/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (29)

Utl.: Debatte Kultur und Sport

32 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) GR. ARTHOLD (ÖVP) kritisierte die zu geringe Transparenz des Sportbudgets, die es grundsätzlich schwierig mache, dazu Stellung zu nehmen. Arthold trat für neue Schwerpunktsetzungen im Sport ein, da durch die zunehmende Freizeit diesem Bereich vermehrt Bedeutung zukomme. Arthold warnte vor einem parteipolitischen Zusammenspiel mit den Vereinen, was dazu führen könnte, daß die Ideologie in die Freizeitgesellschaft Einzug hält. Dies sei jedoch mit der Forderung nach der Mündigkeit des Bürgers nicht vereinbar. Auch die zunehmende Kommerzialisierung sei bedenklich, ebenso wie die Mißachtung des Körpers durch den Sportler und die zunehmende Brutalität auf den Sportanlagen, die sich vom Publikum auf die Sportler und zurück auf die Zuschauer übertrage. Arthold forderte eine neue Sportethik, der sich Sportler, Berichterstatter und Publikum unterwerfen sollten, um eine Lösung des Problems der Gewalt im Sport herbeizuführen. Gerade jetzt, da kaum Mittel für den Sport zu vergeben und deshalb auch wenige Maßnahmen zu planen sind, sei es an der Zeit, solche Themen zu diskutieren. (Forts.) and/bs

Wiener Gemeinderat (30)

Utl.: Debatte Kultur und Sport

33 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) GR. BROSCHE (SPÖ) verwies auf den großen Wandel im heutigen Sportwesen. Die Menschen seien bereit, hohe Geldbeträge für Fitstudios auszugeben. In diesem Zusammenhang regte der Redner an, die Sportgeräte von offiziellen Stellen überprüfen zu lassen, ob sie der Gesundheit der Benutzer oder mehr dem Profit der Geschäftsinhaber dienen. GR. Brosch sprach sich dafür aus, daß mehr Frauen in Sportvereinen Funktionen einnehmen sollten.

Daß der Sport auch einen großen Einfluß auf den Fremdenverkehr habe, wird sich Anfang Jänner beim 1. Weltcuprennen auf der Hohen-Wand-Wiese zeigen. Die Elite der Skiwelt kommt in die Großstadt, das ist ein echtes Ereignis. (Forts.) fk/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (31)

Utl.: Debatte Kultur und Sport

34 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) GR. Mag. KAUER (ÖVP) kritisierte vor allem die Spärlichkeit des Wiener Kulturbudgets, das nicht einmal ein Prozent vom Gesamtbudget ausmache. So stehen für das kommende Jahr für die Literaturförderung lediglich 259.000 Schilling und für die Förderung der darstellenden Kunst nur 308 Millionen Schilling zur Verfügung. Kauer stellte den ANTRAG auf die jährliche Erstellung eines aktuellen Kulturförderungsberichtes, da es derzeit schwierig sei, Höhe und Empfänger von Förderungen dem Budget zu entnehmen.

Zu der Schließung der Komödianten forderte Kauer in einem weiteren ANTRAG eine Überprüfung durch das Kontrollamt.

Im Bereich der Kultur sei eine Flucht aus dem Budget beispielsweise in Wiener Kunstvereine oder in die Wiener Holding zu bemerken. Dies bedeute auch eine Flucht aus der Verantwortung. Der Redner kritisierte auch die Gebarung der Festwochen, die fast 12 Prozent des Kulturbudgets verschlingen. Das Programm für das kommende Jahr habe nichts mehr mit Wien und dessen Bürgern zu tun, es werde lediglich eine Theaterhitparade vorgesetzt.

Kauer meinte abschließend, daß eine Erhöhung der Mittel für Literatur, bildende Kunst, für die Filmförderung und die Wissenschaft unbedingt notwendig sei. Seine Fraktion könne diesem Kulturbudget keine Zustimmung geben, schloß Kauer. (Forts.) lei/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (32)

Utl.: Debatte Kultur und Sport

35 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Die Verhandlungen betreffend einen Verkauf des Palais Harrach werden mit mehreren Interessenten geführt, erklärte Kulturstadtrat MRKVICKA (SPÖ).

Zum finanziellen Beitrag des Bundes zu den Wiener Festwochen bemerkte Mrkvicka, daß der Bund für viele andere Bereiche des Wiener Kulturlebens teilweise finanziell aufkomme, wie z.B. für Personal- und Sachkosten in großen und mittleren Theatern in Wien.

Die Stadt Wien wolle eine Kulturpolitik machen, die eine Sozialpolitik miteinschließt, sagte Mrkvicka zur Problematik des Theaters an der Wien.

Das Grassalkovics-Schlößl werde von der Porzellanmanufaktur Augarten renoviert. Die Sanierung des Neugebäudes in Simmering erfordere vor den Bauarbeiten eine Bestandsaufnahme. Auch beim Ronacher werde man bald eine Lösung gefunden haben, doch werde das Ronacher nicht von der Stadt Wien gepachtet werden. Für das Schloß Eßling interessiere sich eine private Firma.

Zum Vorwurf, für die Wiener geschehe im Rahmen der Festwochen zu wenig, erklärte Mrkvicka, allein bei der Festwocheneröffnung auf dem Rathausplatz seien 50.000 Besucher gezählt worden.

Das Theater im Künstlerhaus werde der Avantgarde auch künftig zur Verfügung stehen, wenn auch nicht im Rahmen eines selbstverwalteten Betriebes. Man habe in den letzten drei Jahren 57 freie Gruppen in Wien gefördert und in Spielstätten untergebracht.
(Forts.) jel/bs

Wiener Gemeinderat (33)

Utl.: Debatte Kultur und Sport

36 Wien, 9.12. (RK-KOMMUNAL) Zum Jura-Soyfer-Theater und dem Cafe Ring erklärte Mrkvicka, man habe sich entschlossen, keine neuen Theaterräume einzurichten. In Wien gebe es rund 16.500 Theaterplätze, im Gegensatz zu Hamburg mit 5.000. Grob hochgerechnet konsumieren rund 40.000 Wiener pro Tag Kultur beziehungsweise nehmen daran teil. Zur Kritik an der zu geringen Literaturförderung erklärte Mrkvicka, man habe für 1986 rund eine halbe Million Schilling mehr für Stipendien, Preise, Druckkostenbeiträge, Buchankäufe etc. budgetiert. Im Bereich der bildenden Kunst stünden rund 800.000 Schilling mehr zur Verfügung.

Die Sitzung des Gemeinderates wurde um 23.08 Uhr unterbrochen. Sie wird morgen, Dienstag, um 9 Uhr mit der Beratung des Budgetkapitels Stadtentwicklung und Stadterneuerung fortgesetzt.

(Schluß) je/gg